DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Mai/Juni 05_06/2011

Wie steht es mit dem NPD-Verbot?

Noch im März hieß es: *"Bundesinnenminister Friedrichs und seine Amtskollegen aus den CDU-geführten Ländern haben ihren Widerstand gegen ein neues NPD-Verbotsverfahren aufgegeben."* Sie seien nun bereit, die V-Leute des Verfassungsschutzes in den Vorständen der NPD abzuschalten und damit ein wesentliches Hindernis aus dem Weg zu räumen, das 2003 das Bundesverfassungsgericht bewog, die Einleitung eines Verbotsverfahrens abzulehnen. Doch schon im April heißt es: *"Politiker rücken von NPD-Verbot ab."* Zur 'Begründung' dieses Abrückens werden vor allem angeführt: *"Es wird schwierig sein, die NPD für den Terror der Neonazi-Zelle NSU mitverantwortlich zu machen"* und *"bei einem Verbot der NPD werden relativ schnell neue Nazi-Parteien entstehen".*



Kleine Pause beim Sammeln von Unterschriften am 1. Mai

Ich halte beide 'Begründungen' für falsch. Sie drehen sich nur um Terrorakte und den Nachweis, dass die NPD dahinter steckt. Natürlich ist das für ein Verbotsverfahren wichtig. Es geht aber um mehr. Es geht darum, dass Ideologie und Politik der NPD und ihres neonazistischen Anhangs, die von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Leugnung der Verbrechen des Hitler-Faschismus geprägt ist, zutiefst im Widerspruch zu unserer, im Grundgesetz verankerten, Rechtsordnung steht. Diese Partei kämpft für ein zweites Nazideutschland. Das gehört in einen Verbotsantrag und muss in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Ausdruck kommen. Damit würden die Gründung von Ersatzparteien, deren Nazipropaganda und -demos zumindest empfindlich erschwert und der politische Kampf für ein nazifreies, antifaschistisch-demokratisches Deutschland gestärkt. Damit wäre auch die Ungeheuerlichkeit beendet, dass eine verfassungsfeindliche Organisation auch noch Steuergelder per Wahlkampf-Kostenerstattung und Zahlungen an deren gewählte Vertretungen in den Parlamenten erhält.

Unsere VVN-BdA hat in 2007 mit der Sammlung von 175.500 Unterschriften und danach mit dem Einholen von über 5.404 Stellungnahmen den politischen Kampf für ein NPD-Verbot geführt. Sie hat damit das getan, von dem viele, die ein Verbot der NPD ablehnen, nur reden. Für dieses Jahr führt sie diese Kampagne mit der Devise: "NO·NPD - NPD-VERBOT JETZT ABER RICHTIG!" weiter. Bisher wurden dafür in Bremen 92 Unterschriften gesammelt. Dabei geht es diesmal verstärkt darum, möglichst viele Menschen, Initiativen und Organisationen dafür zu gewinnen, sich an die verantwortlichen Politiker zu wenden, endlich das NPD-Verbotsverfahren konsequent vorzubereiten und einzuleiten.

Herbert Breidbach

Ordnung und Vernichtung

Eine Generation nach der NS-Herrschaft untersuchen Geschichtswissenschaftler erstmals das Wirken einzelner Behörden, die keinen besonderen NS-Charakter trugen. Trug innerhalb der Polizei früher nur die Geheime Staatspolizei den Stempel einer Behörde, welche die spezifische NS-Politik umsetzte, so gilt dies inzwischen für sämtliche Polizeieinrichtungen. Dies wird durch die Ausstellung "ORDNUNG UND VERNICHTUNG. DIE POLIZEI IM NS-STAAT" sowohl durch die Vielfalt der Ausstellungsstücke, als auch durch die Eindeutigkeit der Aussagen hierüber eindrucksvoll belegt.

Der hier besprochene Katalog der Ausstellung gliedert sich in einem ca. 100 Seiten starken Essayteil und einem ca. 200 Seiten starken Katalogteil. Im Katalogteil werden sämtliche annähernd 500 Ausstellungsstücke mal kurz oder ...

weiter geht es auf Seite 2

Auswärts eingesetzt

Vortrag von Prof. Karl Schneider **am 14. Juni 2012 um 19:00 Uhr** im Ostkurvensaal im Weserstadion unter dem Titel "AUSWÄRTS EINGESETZT - Bremer Polizeibataillone im Vernichtungskrieg" gemeinsame Veranstaltung der VVN-BdA mit Infamous Youth und in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Initiative e.V./die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bremen

Prof. Karl Schneider war Jahrzehntelang im Bremer Polizeidienst, unterrichtete lange Jahre an der Verwaltungshochschule und hat sich zur Aufgabe gemacht, die Geschichte der Bremer Polizei von 1918 bis in die jüngste Zeit zu erforschen. Die Ergebnisse seiner akribischen Forschungsarbeit präsentierte er im vergangenen Jahr zur Eröffnung der Polizeiausstellung im Wallsaal, im Herbst folgte sein über 800 Seiten starkes Buch über die Bremer Polizeibataillone und den Holocaust unter dem Titel "Auswärts eingesetzt" (siehe BAF 01/12)

Opfer zu Tätern geworden

Verschleppung in Zwangsarbeitslager hinterließ Spuren bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Ausstellung vom 20.04. bis 13.05. in der Wilhadi Gemeinde zeugte von der Zivilcourage des Apothekers Wilhelm Hamelmann, der sich 1967 für die Freilassung der letzten drei inhaftierten Blocklandmörder aus Fuhlsbüttel einsetzte und bereit war, sie bei sich aufzunehmen und zu beschäftigten.
Am 21. November 1945 drangen zehn frühere polnische Zwangsarbeiter in Hof Kapelle (Blockland) ein, plünderten den Hof und richteten vier Kinder und acht Erwachsene hin. Einzig Wilhelm Hamelmann überlebte, von vier Kugeln getroffen, indem er sich tot stellte. Er verlor Frau, drei Töchter und Sohn im Alter von neun bis 16, Eltern und Schwiegereltern, Hausgehilfin und 15-jährigen Knecht. Die Täter kamen aus dem Displaced Persons' Lager Tirpitz, voller Rachegedanken und auf der Suche nach Beutegut. In ihre inzwischen sowjetische Heimat wollten die jungen Polen nicht zurück. Acht von ihnen wurden bald gefasst, ein neunter kurz darauf. Vor dem amerikanischen Militärgericht, das in den Räumen des Bremer Landgerichts tagte, wurden vier von ihnen trotz eines dürftigen Indizienprozesses zu Tode verurteilt, drei zu lebenslänglich, der achte zu 40 Jahren Gefängnis. Die Todesurteile wurden nach kurzer Zeit in der Nähe des Flughafens vollstreckt. Im Gegensatz zu den immer noch von Nazigeist beseelten Nachbarn, die auf Lynchjustiz aus waren, sprach Wilhelm Hamelmann, der einzig Überlebende, inzwischen Vorsitzender des Arbeiterhilfswerks in Walle, darüber, welche Ursachen den schrecklichen Hintergrund für diese Bluttat bildeten. Er setzte sich ein für die Begnadigung der Opfer, die zu Tätern wurden, aus tiefem Glauben und antifaschistischer Überzeugung.
Helmut Dachale und Achim Saur (Geschichtskontor Walle) ist es zu verdanken, dass Ausstellung und ein umfangreiches Begleitprogramm möglich wurde.

Raimund Gaebelein

De Gaulle Museum in Lothringen

Anfang April haben Marion und ich Freunde in der Champagne besucht und mit ihnen eine Reihe von Ausflügen in die Umgebung gemacht. Einer dieser Ausflüge führte uns nach Colombey-les-deux-églises, dem Ort in Lothringen, an dem der langjährige französische Staatspräsident General Charles De Gaulle Jahrzehnte seines Lebens verbrachte und auch begraben ist. Wir haben das Haus besucht, in dem er lebte, sich rührend um seine behinderte Tochter kümmerte, und den Park, den er anlegen ließ, den Friedhof mit dem Familiengrab und Dutzenden von Votivtafeln von lokalen und regionalen Widerstandsorganisationen. Anschließend besuchten wir das Museum, das unterhalb des weithin sichtbaren Lothringer Kreuzes zu seinem Gedenken errichtet wurde. Man bräuchte Tage, um es einigermaßen gründlich anzusehen. Wir sind durch die wesentlichen Stationen von De Gaulles Wirken gegangen, seine militärische Karriere im ersten Weltkrieg, haben uns die Rede angehört, in der er 1940 von London aus aufruft, weiterzukämpfen gegen die deutsche Besetzung Frankreichs. Wir haben uns auf den französischen Widerstand konzentriert: Großflächige Photos der Kapitulation Juni 1940, Plakate, die in zwei Sprachen Mordbefehle gegen Widerstandskämpfer wegen Spionage verkünden, Schaukästen mit gefälschten Ausweispapieren und Waffen. Wir haben Kurzfilme gesehen, die seinen Einzug in Paris 1944 zeigen, seinen Sturz zwei Jahre später, seinen Wiedereintritt in die Politik nach dem Obristenputsch in Algerien und seinen erneuten Sturz nach der verlorenen Volksabstimmung 1969. Die Darstellung im Museum bemüht sich um Ausgewogenheit, ist sehr informativ und ganz einfach sehenswert.

Mémorial Charles de Gaulle in Colombey-les-deux-églises

Raimund Gaebelein

Ordnung und Vernichtung

... länger beschrieben und ca. ein Viertel bis ein Drittel in Bildform wiedergegeben. Die Darstellung erfolgt im Wesentlichen in der chronologischen Abfolge, wenn es auch thematische Überschriften gibt.
Die Aufsätze beschäftigen sich mit den Polizeisparten Ordnungspolizei, Kriminalpolizei und Gestapo während des NS-Regimes und dem Verhältnis von Polizei und Wehrmacht, zeitlich zugeordnet zur Weimarer Republik, der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Zeit nach 1945 und zur Legendenbildung nach 1945 über die Polizei im NS-Staat.

Die sich unmittelbar mit der NS-Zeit sich beschäftigenden Kapitel, wie auch die in der Ausstellung gezeigten Stücke belegen eindeutig die völlig freiwillige Beteiligung der Polizeibeamten an allen Maßnahmen der Verfolgung, Unterdrückung, Folterung, Deportation und schließlich Auslöschung der wirklichen oder vermeintlichen Gegner des NS-Staates. So heißt es beispielsweise auf S. 39: *"Beim Versuch, die utopischen Pläne des Regimes umzusetzen, wirkte die Ordnungspolizei auch zentral an der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden mit."*
Doch mit dieser späten Einsicht westdeutscher Historiker ist der Lernerfolg dann auch erreicht. *"Die Rolle der Ordnungspolizei im NS-Staat war demnach ambivalent, und ihr äußerer und innerer Wandel von einer Institution des Rechtsstaats zu einem wesentlichen Träger der nationalsozialistischen 'Politik der Vernichtung' bleibt erklärungsbedürftig."* (S.32). In diesem Satz zeigt sich die Begrenztheit, der mit der Ausstellung befassten Historiker. Trotz richtig beschriebener Fakten muss an den ideologischen Grundsätzen festgehalten werden. Zu diesen Grundsätzen gehört offensichtlich, dass es in Westdeutschland 1933 und 1945 historische Brüche gab und das NS-Regime ein bedauerlicher Unfall zwischen zwei Rechtsstaaten war. Dem entsprechen denn auch die einrahmenden Essays. Obwohl Marianne Hausleitner, die Autorin des Kapitels über die Weimarer Zeit, die im Polizeikorps und Justiz vorherrschende Einstellung gegen die politische Linke eingesteht, ist bei ihr der demokratische Rechtsstaat nur durch NSDAP und KPD und deren gewalttätige Auseinandersetzungen gefährdet. Sie schafft es sogar deutlich mehr kommunistische Übergriffe zu benennen, als rechte (hier bleib es bei Hitler-Putsch und Kapp-Putsch). Die NSDAP ist so auch die einzige im Essay vorkommende rechtsextreme Organisation, und militärisch organisierte Verbände haben nur KPD und NSDAP.
Noch schlimmer ist das Kapitel über die strafrechtliche Aufarbeitung von Andreas Mix. Er gesteht zwar ein, dass in Ostdeutschland ca. 12.000 Personen wegen NS-Verbrechen verurteilt wurden und in Westdeutschland ca. 6.700 Personen. Doch für ihn legen diese Zahlen nahe, dass die strafrechtliche Ahndung in beiden deutschen Staaten eine Geschichte von Versäumnissen und Unterlassungen war. Dass die SBZ bzw. DDR nur ca. 1/3 der westdeutschen Einwohnerzahl hatte und die meisten NS-Täter lieber in der BRD und Österreich ihren Wohnsitz nahmen statt in der DDR, verschweigt der Autor beflissentlich. Doch auch die Verurteilungen der ostdeutschen Justiz dürfen nicht einfach so stehen bleiben. Mehrfach denunziert sie der Autor als rein propagandistisch. So z.B. als er auf die Verurteilung Josef Blösches in der DDR hinweist. Blösche - ehemaliger Kommandeur der Sicherheitspolizei in Warschau - lebte in der DDR. Die Hamburger Staatsanwaltschaft fordert Mitte der sechziger Jahre seine Auslieferung. Die DDR verurteilte Blösche nach mehrjährigen Ermittlungen selbst zum Tode. Daraus schließt der Autor (S. 86): *"Der Prozess sollte rein propagandistisch genutzt werden, um auf das schleppende Ermittlungsverfahren gegen Blösches Vorgesetzten hinzuweisen."* Letzteres fand in der BRD statt. Ein Schelm der Böses dabei denkt.

Deutsche Hochschule für Polizei (Hrsg.), Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat, Sandstein Verlag, Dresden, 24,80 EUR, ISBN 978-942422-20-8.

Ulrich Stuwe

Nazis stoppen!

Am 02. Juni 2012 planen Nazis einen Aufmarsch durch Hamburgs Innenstadt unter dem Motto "Tag der deutschen Zukunft - Unser Signal gegen Überfremdung". Im Juni 2001 wurde Süleyman Tasköprü in Hamburg-Bahrenfeld durch den NSU ermordet. Die Veranstalterinnen dieses Aufmarsches rekrutieren sich aus der Faschistenszene. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts ruft deshalb zu einem breiten Widerstand gegen die Faschisten und jede rassistische Stimmungsmache auf. Wir werden es nicht zulassen, dass sie ihre Hetze ungestört verbreiten können. Wir rufen alle dazu auf, den Nazis nicht die Straße zu überlassen und sich mit vielfältigen Formen des Protestes z.B. Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden gegen diesen Aufmarsch zu beteiligen.

02.06.2012 - Blockieren: Da wo die Nazis sind! **Beginn: 09:30 Uhr,** Ort: Gerhart-Hauptmann-Platz, Hamburg

Wir gedenken

Nach langem Leiden verstarb am 27. Februar unser Ehrenmitglied René Thirion. Bis zum Schluss hoffte er die Krankheit zu überstehen. Seine Witwe Josée übermittelte uns Ende März René Thirions letzte Grüße, in denen er seine Freundschaft und großen Respekt gegenüber der Bremer Landesvereinigung zum Ausdruck brachte. September 1943 war er Zwangsarbeiter im stark bombardierten Essen. René Thirion nutzte seinen Urlaub, um im Widerstand unterzutauchen. Aufgrund von Verrat wurde er am 16.06.1944 verhaftet und ins KZ Neuengamme verschleppt. Am 06.09.1944 kam er ins KZ-Außenkommando Blumenthal, am 15.01.1945 ins Lager Schützenhof. In einem Interview für Katinka Schröders Film "Die leeren Gräber von Meensel-Kiezegem" beschreibt er seinen Leidensweg und die Reaktion der Bremer Bevölkerung. Auf dem Weg zum Lager wurden die KZ-Häftlinge beschimpft und geschlagen. Auf der A.G. Weser sollten sie U-Boot-Teile fertigen, während der Bombardierungen in den letzten Tagen vor dem Todesmarsch den Lagerzaun reparieren. Über Blumenthal, Farge, Hagen, Horst und Barkel wurden die KZ-Häftlinge am 07.04.1945 nach Bremervörde getrieben, von dort mit einem Zug nach Winsen/Luhe gebracht. Am 15.04.1945 kamen sie in Neuengamme an. Mit Tausenden weiterer Häftlingen ging es weiter zur Lübecker Bucht. Auf hoher See wurden René Thirion und Jean-Marie Vanden Eynde mit 2.000 weiterer KZ-Häftlinge in der Nacht zum 03.05.1945 von der Arcona auf die Athen umgeladen. Die sollte in Neustadt/Holstein weitere KZ-Häftlinge anderer Todesmärsche aufnehmen. So entgingen sie nur ganz knapp der Bombardierung der Schiffe.

Raimund Gaebelein

Heideruh gesichert

Heideruh scheint jetzt in seinem Bestand gesichert. Das wurde auf der Mitgliederversammlung des Trägervereins am 17. März bestätigt. Die spannende und wechselvolle Geschichte unseres Wohn- und Ferienheims in der Nordheide führte der scheidende Vereinsvorsitzende Richard Pfaff den 30 Anwesenden in seiner Eröffnungsansprache vor Augen. Andenken an alle Opfer des Faschismus, Weitergabe ihres Vermächtnisses an eine jüngere Generation, Völkerverständigung in internationaler Gesinnung sind die wesentlichen Zielsetzungen. Wie die Ehrung der Verstorbenen und die Struktur der Mitgliedschaft enthüllen, gibt es da Handlungsbedarf, immerhin ist das jüngste Mitglied 16, das älteste 101.



Die Teilnehmer der Mitgliederversammlung

Gegründet als Kinderheim, später Erholungsheim war Heideruh stets Rückzugsmöglichkeit für Verfolgte und im Kalten Krieg erneut Verfolgte. In der Umgebung gab es nur verschwommene Vorstellungen von dem, was sich da an Menschen traf. In welcher Form können wir den Nazis heute entgegentreten, ohne Zielpunkt von Überfällen zu werden? Wieweit können wir da Schutz bieten, wenn wir stärker in die Öffentlichkeit treten? Wieweit in die Medien gehen? Mit der Verleihung des Hans-Frankenthal-Preises wurde im vergangenen Jahr ein Schritt nach außen getan. Erstmals ist die Stadt Buchholz bereit, das Wirken Heideruhs am Gedenktag für die Opfer des Faschismus 2013 zu würdigen. Mit einer verjüngten Geschäftsführung und Erweiterung der Satzungszwecke gelang es, die Gemeinnützigkeit zu erhalten und die Bilanz in Richtung schwarzen Bereich zu bringen. Manches hat sich dank Bea Trampenau geändert. Erholung steht im Sommer im Vordergrund, Bildungsseminare an den Wochenenden, Zeltlager von Jugendgruppen bringen Umstellung eingefahrener Gewohnheiten. Erstmals seit 2004 gibt es ein Plus bei den Belegungszahlen. Natürlich hat alles seinen Preis. Um drei Euro steigt der Übernachtungspreis. Es gibt Lücken bei den Freiwilligen, alleine schon altersbedingt. Helfer werden für Bau- und Sanierungsarbeiten gesucht, im Oktober wieder und auch sonst für die Sommer-Wochenenden.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde Dr. Matthias Werner neuer Vorsitzender, Matthias Peters stellv. Vors., Anja Stoeck Schriftführerin und Sascha Wegener Schatzmeister. Unser Kamerad Helmut Fleischhauer wurde Ehrenvorstandsmitglied.

Auf der Klausurtagung des Vorstands am 22./23. April wurden weitere Ideen vorgestellt, durch die die Belegungszahlen um die notwendigen 500 Übernachtungen jährlich gesteigert werden können, durch die erst das Überleben Heideruhs gesichert wäre. Der Vorstand hofft, dass der Vertrag für Bea Trampenau dann über den Spätherbst hinaus verlängert und für Birgit Gärtner eine Absicherung geschaffen werden kann. Beide tragen maßgeblich dazu bei, dass Heideruh weiterlebt. Unter der Woche sollen Wandergruppen nachmittags das Terrassencafé und Familien Übernachtung - auch bei Selbstverpflegung - angeboten werden.

Mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit könnten notwendige HelferInnen aus der näheren Umgebung gewonnen werden. Zum Sommerfest in Heideruh am 28. Juli sollen erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte Heideruhs vorgestellt werden, ein beschilderter Rundgang soll an die verschiedenen Zeitphasen erinnern, wie auch in Namensgebung und Symbolik der einzelnen Zimmer an die Kameradinnen und Kameraden, die für den Geist von Heideruh stehen.

Raimund Gaebelein

Eine gute Tradition

Zum dritten Mal fand die inzwischen schon traditionelle Veranstaltung zum Tag der Befreiung am 06. Mai auf der Bahrs Plate statt. Gerd Rolf Rosenberger begrüßte die ca. 25 Teilnehmer, die sich am diesem Sonntagvormittag einfanden. In seiner Eingangsrede erinnerte er insbesondere an die sowjetischen Befreier und ehrte die Widerstandskämpfer, -kämpferinnen und Opfer aus Bremen-Nord durch Verlesen ihrer Namen. Zum 75. Jahrestag erinnerte er an die Bombardierung Guernicas durch die deutsche Luftwaffe und wies auf die heutigen und möglichen Kriege hin.

Ulrich Stuwe wies für die bremische VVN-BdA daraufhin, dass es nicht ausreicht nur den Faschismus und seine Parteien zu bekämpfen, wie es in Festreden zum 08. Mai häufig geschieht, sondern auch dessen Inhalte wie beispielsweise Feindschaft gegen sozial fortschrittliche Bewegungen und Demokratisierung der Wirtschaft, Militarismus, Nationalismus, Sexismus, Rassismus in allen seinen Spielarten in allen Parteien und Schichten bekämpft werden müssen.

Ingo Schumann von der Antikapitalistischen Linken ging auf die Geschichte der Bahrs Plate als Außenlager des KZ Neuengamme ein. Er selbst hätte in der Schule hierzu nichts erfahren. Auch heute würde



Bahrs Plate 2011

z.B. im Bezug auf den Bunker Valentin zu viel über Technik erzählt. Ihm fehlen Hinweise auf Zusammenhänge, wie sie seines Erachtens die KZ-Gedenkstätte in Buchenwald liefere, auch wenn es auch dort zu Relativierungen (Speziallagergedenken) käme. Er rief auf um historische Deutungen zu kämpfen und verlas zu Abschluss das bekannte Gedicht "Heut" von Eva Strittmatter.

Cornelia Barth (Die Linke) machte sich die Wirklichkeit des Parole "Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" zum Thema. Man sei dem Ziel in den letzten Jahren nicht näher gekommen, weil die Regierung z. B. bei den Themen Afghanistaneinsatz und Naziaufmärsche die ihr hierbei mehrheitlich nicht folgende Bevölkerung ignoriert. Wir müssten unsere Vernetzung weiter verstärken um erfolgreich zu sein.

Unser Kamerad Heiner Rosebrock wies auf die Bedeutung der Stolpersteine hin und kündigte einen Putztag für den 25. Mai an. Er rief zum Zusammenstehen gegen den Faschismus auf und hofft, dass sich mittelfristig alle Schüler Bremens mindestens einmal mit den Stolpersteinen beschäftigen würden. Zum Abschluss rezitierte er das Gedicht "Erst recht" von Klara Blum.

Anschließend dankte Gerd Rolf Rosenberger der zu diesem Zeitpunkt leider nicht mehr anwesenden Wiltrud Ahlers für ihre Stolpersteinarbeit insbesondere in Bremen-Nord.

Sigi Schönfeldt (DKP-Bremen-Nord) erinnerte in seiner Rede an den Rüstungsbetrieb "Tanklager Farge", für dessen Aufbau ab 1935 auch Fremd- und Zwangsarbeiter herangezogen wurden und dessen Lagerstruktur auch für die Standortwahl für den Bunker Valentin ...

weiter auf Seite 5

Mikis Theodorakis Aufruf

An die empörten Bürger Griechenlands und Europas (12.02.2012)

“(...) Unser Kampf ist nicht nur der Griechenlands, er strebt ein freieres, unabhängigeres und demokratischeres Europa an. Glauben Sie Ihren Regierungen nicht, wenn sie behaupten, dass euer Geld dazu dient, Griechenland zu helfen. Glauben Sie nicht die groben und absurden Lügen der kompromittierten Zeitungen, die Sie überzeugen wollen, dass das Problem von der sogenannten Faulheit der Griechen herkommt, während dem, nach den Daten des Europäischen Statistischen Instituts, diese mehr arbeiten alle anderen Europäer! Die Arbeiter sind nicht verantwortlich für die Krise; der Finanzkapitalismus und die Politiker in ihrem Boot, sie sind es, die sie verursacht haben und sie ausnutzen. Ihre Programme "Rettung von Griechenland" helfen nur den ausländische Banken, und gerade denjenigen, die mittels Politikern und Regierungen in ihrem Sold, das politische Modell aufgezwungen haben, das zur aktuellen Krise geführt hat (...) Es ist undenkbar, dass Banken und Kapitaleigner, die die Verantwortung für die gegenwärtige Krise tragen, nicht einen Cent zahlen, um den Schaden den sie angerichtet haben, gutzumachen. Es darf nicht sein, dass Banker sein, der einzige sichere Beruf auf der Welt ist!
(...) Die Demokratie wurde in Athen geboren, als Solon die Schulden der Armen gegenüber den Reichen stornierte. Man darf heute nicht zulassen, dass die Banken die europäische Demokratie zerstören, um riesige Summen aus ihnen herauszupressen, die sie selbst als Schulden generiert haben. Wie kann man vorschlagen, dass ein ehemaliger Mitarbeiter von Goldman Sachs die Europäische Zentralbank führen soll? Welche Art von Regierungen, welche Art von Politikern haben wir in Europa? (...) Wenn Sie heute die Opferung der griechischen, irischen, portugiesischen und spanischen Gesellschaft auf dem Altar der Schulden und die Banken zulassen, wird bald die Reihe an Ihnen sein (...)Lasst uns zusammen ein neues Europa bauen; ein demokratisches, wohlhabendes, friedliches, das seiner Geschichte, seinen Kämpfen und seines Geistes würdig ist. Widerstehen Sie dem Totalitarismus der Märkte, die drohen, Europa zu zerschlagen und in eine Drittwelt zu verwandeln, die die europäischen Nationen gegeneinander aufwiegeln und unsern Kontinent zerstören, indem sie die Rückkehr des Faschismus fördern.”

Eigenen Satelliten

Das Bremer Raumfahrtunternehmen OHB plant mit einem eigenen Satelliten den Mond zu erforschen und rühmt sich ob des großen Schritts in der Unternehmensgeschichte. OHB verdankt seinen Aufstieg und finanziellen Reichtum seiner Rüstungsproduktion. Das bekannteste OHB Produkt ist die SAR-Lupe. Sie liefert aus 500 Kilometer Höhe genaue Bilder von Objekten bis zu einem halben Meter Größe. Auch über Truppenbewegungen. Die Genauigkeit des Satelliten hat den 142 Frauen, Männern, Kindern in Kunduz nicht das Leben gerettet, sondern sie zur klaren Zielscheibe gemacht. Sie sind trotz /gerade durch die klaren Bildern zielgenau erschossen worden. Das von Marco Fuchs gelobte eigene Unternehmen trägt nicht zur Zivilisierung, sondern zur Verrohung des Lebens und zur "effektiveren" Kriegsführung bei.

Ernst Busche

Hinterbliebene von NS-Opfern fordern ihr Recht

Seit jüngster Zeit gibt es eine Reihe von Dokumentationen, die belegen, was die VVN seit den 60er Jahren nachgewiesen hat: In der Bundesrepublik konnten Eliten der Nazizeit wieder tätig werden, Einfluss nehmen und dabei weiterhin gegen Antifaschisten vorgehen. Gerichte verfolgten Teilnehmer des Arbeiterwiderstandes, vornehmlich des kommunistischen Widerstandes, um sie - auch unter Hinweis auf Vorstrafen aus politischen Prozessen von 1933 bis 1945 - wegen ihrer politischen Tätigkeit erneut einzusperren und ihnen die Rechte auf Entschädigung abzusprechen. Ärzte aus der NS-Zeit wurden als Gutachter eingesetzt, um die Entschädigungsrechte der oft schwer geschädigten politisch, rassisch und religiös Verfolgten in Zweifel zu ziehen.

Auch die Kinder und Enkel der Betroffenen hatten - infolge der Leiden ihrer Verwandten - mitzuleiden: Denn die Familien der Opfer litten oft materielle Not, die Kinder und Enkel, also die aus der 2. und 3. Generation, waren betroffen von psychischen Schäden und Traumatisierungen, sie waren im Bildungswesen, in Schule und Gesellschaft Diskriminierungen bis hin zu Berufsverboten ausgesetzt. Sie galten als Kinder von "Vorbestraften".

Die jetzt bekannt gewordenen personellen Kontinuitäten aus der Zeit vor und nach 1945 müssen zu Konsequenzen führen. Doch die Gelegenheiten, die sich dazu bieten, werden nicht genutzt. Der Umgang des Deutschen Bundestages mit dem Antrag "Widerstand von Kommunistinnen und Kommunisten gegen das NS-Regime" (Drucksache 17/2201), eingebracht von der Fraktion DIE LINKE am 16.06.2010, ist ein Skandal, ja ein herber Schlag ins Gesicht der NS-Opfer **und ihren Angehörigen**.

Ohne mündliche Aussprache, nur mit schriftlichen Wortbeiträgen, die seitens der CDU, CSU und FDP, aber auch der SPD den Geist der Restauration und des Kalten Krieges atmeten, wurde der Antrag am 11. November 2010 zu später Stunde beerdigt. Die CDU/CSU-Reaktion ist unfassbar und, ähnlich wie bei den vielen Debatten zum Kriegsverrat, sprachlich und argumentativ stark in der Nähe von rechtsextremen Organisationen.

Auch in der Erinnerungsarbeit der Gedenkstätten für Opfer des NS-Unrechts werden die Vertreter der 2. und 3. Generation oftmals abgewiesen. Man erklärt ihnen ungeschminkt: Euer Anspruch auf Mitsprache in der Gedenkarbeit ist verwirkt. Genugtuung darüber, dass Zeitzeugen sich nicht mehr einmischen können, ist unverkennbar. Doch, wir mischen uns ein.

gekürzte Erklärung der "Kinder des Widerstandes" Langfassung unter www.nrw.vvn-bda.de)

Schwanensterben - Ein Bremen-Krimi

Was hat der Pferdepfleger Pjotr mit dem Tod der jungen Russin Sonja zu tun, die man an einem Novembermorgen im Wassergraben eines Reiterhofs bei Bremen fand? Heiner Hölzle, der schwäbische Kriminalhauptkommissar der Bremer Mordkommission und sein Team kommen nur langsam mit ihren Ermittlungen weiter. Sie müssen feststellen, dass es auch Parallelen zu zwei Morden im Rotlichtmiliu von vor 30 Jahren gibt. Was verbirgt sich hinter den alten Aufzeichnungen von Sonjas Großmutter Olga und was haben sie mit Bremen zu tun? Wer ist Valentin, der immer wieder in diesen Aufzeichnungen erwähnt wird? Bis zum unerwarteten Ende bleibt es spannend.

Meine Meinung: Dieses Buch liest sich sehr flüssig. Obwohl die Handlung in drei verschiedenen Jahren spielt, bleibt der Leser doch immer auf dem Laufenden und muss nicht zurückblättern, um die Zusammenhänge zu verstehen. Der Bremenbezug ist ganz toll dargestellt, und als Bremer kann man sich wunderbar in den beschriebenen Teilen Bremens zu Recht finden. Für Nicht-Bremer dürfte es vielleicht ein Anreiz sein, Bremen mal zu besuchen und ein wenig auf den Spuren der Beteiligten zu wandern. Für eingefleischte Thrillerfans, zu denen ich nicht unbedingt gehöre, mag dieser Krimi vielleicht etwas zu unblutig sein. Aber das macht gerade diesen Krimi aus. Er geht mehr in die Tiefe und zeigt Details rund um den Mord. Der Bezug auf die Zwangsarbeiter im Dritten Reich ist mal wieder ein Hinweis darauf, dass das Geschehene nicht vergessen werden darf und man sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen sollte. Mit diesem Buch ist den beiden Autorinnen Liliane Skalecki und Biggi Rist eine wunderbare Mischung aus Krimi, Reiseführer und historischem Hintergrund gelungen. Der schwäbische Bremer Kommissar bringt einen immer wieder zum Schmunzeln, wenn er in seinen schwäbischen Dialekt verfällt, was dem Ganzen noch eine humoristische Note verleiht. Ich kann Jedem das Buch nur empfehlen, der mal was Anderes lesen möchte als die harten Krimis bekannter Autoren. Es wäre schön, wenn von diesem Autorenteam noch mehr Romane erscheinen würden.

Am Mittwoch, 06.06.2012, findet um 18:00 Uhr eine Krimi-Lesung mit Liliane Skalecki und Biggi Rist im Café Nahbei in der Findorffstraße 108 statt

In Kooperation mit der Stadtbibliothek West hat die VVN-BdA Bremen die beiden Autorinnen für eine Lesung am **21.06.2012 um 19:00 Uhr** in der Stadtbibliothek West Lindenhofstr. 53 gewinnen können.

Schwanensterben, von Liliane Skalecki /Biggi Rist, Gmeiner Verlag, Meßkirch (Kr. Sigmaringen), 422 Seiten, 11,90 Euro, ISBN 9783839212301.

Marion Bonk

Eine gute Tradition

.... mitausschlaggebend war. Der Weiterbetrieb des Tanklagers für militärische Zwecke u.a. die mutmaßliche Betankung von Flugzeugen der US-Luftwaffe mit Treibstoff aus Farge während des Irak-Kriegs rechtfertige die Einordnung als Rüstungsbetrieb.

Heinz Büscher von der Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg erläuterte seine These, dass es den Westalliierten bei der Befreiung mehr darum gegangen sei das kapitalistische System zu bewahren als den Faschismus zu bekämpfen anhand mehrerer Beispielsländer.

In Griechenland hätte die englische Regierung durch Initiierung einer bürgerlichen Exil-Regierung, der Parteinahme für die restaurativen Elemente gegen die mehrheitlich sozialistischen Partisanen, Verbot demokratischer Wahlen zugunsten der diktatorischen bürgerlichen Regierung und schließlich durch den Bürgerkrieg ein kommunistischen System verhindert. Was dies für persönliche Auswüchse gehabt hatte, erläutert Heinz Büscher anhand der Biographie Mikis Theodorakis, der im Bürgerkrieg schwer gefoltert wurde.

In Italien hätte das Alliierte Oberkommando die Partisanen noch während des Krieges aufgefordert die Kampfhandlungen einzustellen und sich aufzulösen. Die USA hätten dafür gesorgt, dass die Faschisten sich kurz nach dem Krieg reorganisieren konnten und die faschistische Partei MSI sich bereits 1947 gründen konnte.

Heinz Büscher erinnerte auch an den faschistischen Terror der sechziger und siebziger Jahre, der teilweise sogar der Linken in die Schuhe geschoben wurde.

Während der Veranstaltung wurden die Lieder "Bella Ciao" und "Der Mandelzweig" gemeinsam gesungen, und mit dem "Moorsoldatenlied" endete die Veranstaltung.

Erika Klantz

Termine im Juni

Antifaschistische Stadtrundfahrten Bremen-Nord und Führungen im ehemaligen U-Boot-Bunker 'Valentin'

Termine bis August 2012: 03.06. / 13.06. 17.06. / 01.07. Weitere Termine und Zeiten auf Anfrage, Gruppen bis ca. 25 Teilnehmer

Bunkerführungen beginnen am Mahnmal 'Vernichtung durch Arbeit' vor dem Bunkereingang. Zur Einführung werden Informationen über die Struktur und die Ziele der 'Rüstungslandschaft' während der NS-Zeit in der Region Bremen gegeben und es wird vom Widerstand gegen das NS-Regime und von der Einrichtung der ersten Konzentrationslager in Bremen berichtet. Im Mittelpunkt der Führungen stehen aber Schilderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der beim Bunkerbau zur Zwangsarbeit eingesetzten Häftlinge. ***Dauer ca. 90 Min.***

Führungen nach den ehemaligen Häftlingslagern und dem Lagerfriedhof, **Dauer ca. 2,5 Stunden.**

Stadtrundgänge und Stadtrundfahrten zu Orten der Verfolgung und des Widerstandes in der Region Bremen-Nord können individuell vereinbart werden. Die dabei angesprochenen Themen befassen sich u.a. mit der Verfolgung von Bürgern jüdischen Glaubens, politischen Gegnern des NS-Systems und Minderheitengruppen in der Gesellschaft. Es wird vom Schicksal der Zwangsarbeiter in Rüstungsbetrieben berichtet und es werden Initiativen vorgestellt, die sich für die Errichtung von Gedenkstätten und 'Stolpersteinen' für die Opfer des Faschismus als Lernorte einsetzen. Aktuelle interkulturelle, ethnische und soziale Konflikte und Kriege werden in die Reflexion über Ursachen und Folgen von Krieg und Gewalt einbezogen. ***Dauer nach Vereinbarung***

Die Teilnahme an den Führungen setzt voraus, dass man sich vorher verbindlich angemeldet hat: Projekt 'Internationale Friedensschule Bremen', Kirchheide 49, 28757 Bremen, Tel: 0421-662115, Email: gerdmeyer@friedensschule-bremen.de

Besuch der Gedenkstätte Lager Sandbostel

Der Geschäftsführende Vorstand der VVN-BdA Bremen nimmt das Angebot von Agnes Alpers (MdB Linke) zu einem gemeinsamen, geführten Besuch der Gedenkstätte Sandbostel an und fordert alle interessierten Kameradinnen, Kameraden und Freunde auf, die Gelegenheit zur Teilnahme wahrzunehmen.

"Für alle Interessierten bietet das die Möglichkeit, Sonntag, 24. Juni 2012 um 11:00 Uhr an einer Führung durch die Gedenkstätte des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers und KZ-Außenlagers Sandbostel teilzunehmen. Für die Führung bitten wir Sie um eine Spende in Höhe von zwei Euro pro Person.

Da die Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht möglich ist, möchten wir Fahrgemeinschaften bilden. Die Abfahrt erfolgt am 24. Juni 2012 gemeinschaftlich vom Wahlkreisbüro (Doventorstraße 2) in Bremen um 09:45 Uhr. Bitte melden Sie sich bis zum 10. Juni 2012 im Wahlkreisbüro an: Tel.: 0421-1653974, Fax: 0421- 1783980 E-Mail: agnes.alpers@wk2.bundestag.de

Teilen Sie uns bitte mit, mit wie vielen Personen Sie teilnehmen (für Rückfragen bitte Namen und E-Mail-Adressen und Telefonnummer angeben), ob Sie über einen PKW verfügen und wie viele weitere Personen Sie mitnehmen können, ob Sie einen Sitzplatz in einem PKW benötigen, ob Sie an einem Mittagessen nach dem Besuch der Gedenkstätte Greftstraße 3, 27446 Sandbostel interessiert sind (SelbstzahlerInnen).

“Der Bremer Antifaschist”, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind **Am Speicher XI Nr. 9**, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

Montag: 16:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 16:00 - 18:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
BIC: SBRE DE 22
IBAN: DE06 29050101 000 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 oder 0176/ 49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich jeden zweiten Montag von 18:30 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:30 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den “Bremer Antifaschist” probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Bremen, den ____________________